

3. Engels: Der Ursprung der Familie etc.
4. Kautsky: Der Ursprung des Christentums.
5. Cicotti: Der Untergang der Sklaverei im Altertum.
6. Salviofi: Der Kapitalismus im Altertum.
7. Bloch: Soziale Kämpfe im alten Rom.
8. Kautsky: Vorläufer 1.
9. Kautsky: Vorläufer 2.
10. Kautsky: Thomas Moore.
11. Zimmermann: Der große Bauernkrieg.
12. Engels: Der deutsche Bauernkrieg.
13. Conrady: Geschichte der Revolutionen.
14. Bernstein: Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution.
15. Mignet: Die französische Revolution.
16. Krapotkin: Die französische Revolution.
17. Kautsky: Die Klassengegensätze in der französischen Revolution.
18. Cunow: Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse.
19. Heritier: Die französische Revolution von 1848.
20. Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich.
21. Bloß: Die deutsche Revolution von 1848.
22. Marx: Revolution und Konterrevolution.
23. Marx: Der 18. Brumaire.
24. Lissagaray: Die Geschichte der Kommune 1871.
25. Trotsky: Rußland in der Revolution.

3. Geschichte des Sozialismus.

1. Luzatto: Sozialistische Bewegungen und Systeme bis 1848.
2. Mücke: Geschichte der sozialistischen Ideen.
3. Lönnies: Die soziale Frage.
4. Lange: Arbeiterfrage.
5. Sombat: Sozialismus und soziale Bewegung.
6. Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.
7. Bebel: Fourier.
8. Liebknecht: Owen.
9. J. Simon: Owen.
Siehe auch Kapital, 1. Bd., Seite 73, 304, 509, 526.
10. Engels: Lage der arbeitenden Klassen in England.
11. Weitling: Garantien.
12. Marx: Das kommunistische Manifest.

4. Geschichte der Arbeiterbewegung.

1. Mayer: Die Trennung der proletarischen und bürgerlichen Demokratie in Deutschland.
2. Lassalle: Offenes Antwortschreiben.
3. Bernstein: Lassalle.
4. Mayer: F. B. v. Schwetzer.
5. Kautsky: Karl Marx historische Leistung.
6. Kautsky: Friedrich Engels.
7. Marx: Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß.
8. Der Leipziger Hochverratsprozeß.
9. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.
10. Webb: Geschichte der Tradeunions.
11. Schlüter: Der Chartismus.
12. Beer: Geschichte des Sozialismus in England.
13. P. Louis: Geschichte des Sozialismus in Frankreich.
14. P. Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.
15. Hillanith: Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

5. Die Internationale.

1. Jaechy: Die Internationale.
2. Brupbacher: Marx und Bakunin.
3. Stiecklow: Bakunin.

4. Stiecklow: Marx und die Anarchisten.
5. Engels: Internationales aus dem „Volksstaat“.
6. Die Protokolle der internationalen Kongresse.
7. Sorge: Briefwechsel.

6. Taktische Fragen.

1. Bernstein: Voraussetzungen.
2. Kautsky: Bernstein und das sozialdemokratische Programm.
3. Parteitageprotokolle von Hannover und Dresden.
4. Rosa Luxemburg: Soziale Reform oder Revolution?
5. Kautsky: Die soziale Revolution.
6. Pannekoek: Der Kampf der Arbeiter.
7. Pannekoek: Die Machtmittel des Proletariats.
8. Pannekoek: Taktische Differenzen.

7. Der Imperialismus.

1. Bauer: Die Teuerung.
2. Kautsky: Der Weg zur Macht.
3. Imperialismus oder Sozialismus? (Vorwärts-Verlag.)
4. Kadek: Der deutsche Imperialismus.
5. Straffer: Arbeiter und Nation.
6. Pannekoek: Klassenkampf und Nation.
7. Parous: Kolonialpolitik und Zusammenbruch.
8. Kautsky: Kolonialpolitik und Sozialdemokratie.
9. Parous: Staat, Industrie und Sozialismus.
10. Liefmann: Kartelle und Trusts.
11. Kautsky: Handelspolitik.
12. Sieveking: Auswärtige Handelspolitik. (Goeschen.)
13. Schmidt: Geschichte des Welthandels. (Teubner.)
14. Langenbeck: Geschichte des deutschen Handels. (Teubner.)
15. Arndt: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. (Teubner.)
16. Lassalle: Die indirekten Steuern.
17. Renner: Das arbeitende Volk und die Steuern.
18. Karski: Brandschatzung.
19. Schwarz: Steuersysteme des Auslandes. (Goeschen.)
20. Bernhardt: Unsere Zukunft.
21. Rohrbach: Deutschland unter den Weltvölkern.
22. Jaechy: Deutschlands Orientpolitik nach dem Balkankrieg.
23. Bauer: Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik.
24. Rohrbach: Der Krieg und die deutsche Politik.

8. Philosophische Grundlagen des Sozialismus.

1. Engels: Feuerbach.
2. Kautsky: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung.
3. Pannekoek: Ethik.
4. Pannekoek: Darwinismus und Sozialismus.
5. Diezgen: Die Zukunft der Sozialdemokratie.
6. Diezgen: Streifzüge.
7. Diezgen: Wesen der menschlichen Kopfarbeit.
8. Roland-Holst: Diezgen.
9. Engels: Anti-Dühring.

Welch tiefer Schlund und öde Wüsteneien
Entdeckte man im Menschenbusen wohl
Im Herzen großer Männer welche Reih'n
Eisberge um der Selbstsucht kalten Pol'
Wie mancher würd' ein Menschenfresser sein,
Der Völkerglück beherrscht und Staatenwohl.
Wenn alle Ding' ihr richtig Wort bekämen
So würde Cäsar selbst des Ruhm's sich schämen.
Byron: Don Juan, 4. Ges.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 8

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Nummernstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 24. Februar 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Verständigung der Linksradikalen . . .	Seite 57
Unter eigenem Banner (Fortf.)	59
Gewerkschaftsprobleme (Fortf.)	60
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Fortf.)	62
Aus unserm politischen Tagebuch	63

Die Verständigung der Linksradikalen.

Zur bevorstehenden Reichskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ruft für Mitte März eine Konferenz ein, die der Opposition helfen soll, „sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Befundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse“. Der Aufruf ladet zur Konferenz alle ein, „die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken“. An einer anderen Stelle wendet sich der Aufruf an alle jene Organisationen, „die sich bereits auf den Boden der Opposition gestellt haben“. Die Linksradikalen sind danach genötigt, zu der Konferenz Stellung zu nehmen, was zugleich eine Verständigung in ihren eigenen Reihen bedeutet.

Wir haben unsere Stellung zur Arbeitsgemeinschaft und zum Parteizentrum in der „Arbeiterpolitik“ von der ersten bis zur letzten Nummer dargestellt. Wir haben die grundsätzliche Auffassung des Parteizentrums untersucht und die Haltung der Arbeitsgemeinschaft kritisiert. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß das Parteizentrum durch tiefe prinzipielle und taktische Differenzen von uns getrennt ist, sodaß von einem Zusammenwirken zwischen den Linksradikalen und ihm keine Rede sein kann, was jedoch nicht ausschließt, daß Fälle eintreten können, in denen Parteizentrum und Linksradikale zusammengehen müssen.

Das letztere ist auch die Auffassung der Genossin Zetkin, einer hervorragenden Vertreterin der Gruppe „Internationale“. Die Genossin Zetkin modifiziert die Parole der Genossin Duncker, daß man von der Arbeitsgemeinschaft zwar getrennt marschieren, daß man aber mit ihr vereint schlagen müsse, in der „Gleichheit“ dahin, daß nur ein Zusammenwirken mit der Arbeitsgemeinschaft „von Fall zu Fall“ möglich sei, und selbst die Genossin Duncker interpretierte auf der Konferenz der Opposition ihre Parole so, daß von einem Vereint-Schlagen

nur dann die Rede sein könne, wenn die Arbeitsgemeinschaft überhaupt schlagen wolle; ja, sie schleuderte den Arbeitsgemeinschaftlern geradezu die Tatsache ins Gesicht: Ihr wollt ja garnicht schlagen!

Das ist ganz unsere Meinung, nur, daß diese Erkenntnis sofort die Frage aufwirft: warum die Arbeitsgemeinschaft nicht schlagen will, eine Frage, die zu der Erkenntnis führt, die wir an dieser Stelle an zahlreichen praktischen Beispielen der Politik, die die Arbeitsgemeinschaft trieb, nachgewiesen haben: daß die Arbeitsgemeinschaft nicht schlagen will, weil sie nicht schlagen kann. Sowohl zur Frage der Landesverteidigung wie des Friedens, zur Frage der Organisation wie der Massenaktionen, zur Frage der Reife des Kapitalismus wie des Imperialismus, zur Frage Mitteleuropas wie der Internationale nimmt das Parteizentrum eine Stellung ein, die grundsätzlich von der Auffassung der Linksradikalen abweicht. Es war daher nur natürlich, daß die Linksradikalen vom Kriegsbeginn an den Kampf gegen das Parteizentrum aufnahmen. In den „Lichtstrahlen“, in Spartacusbriefen und später in der „Arbeiterpolitik“ wurde dieser Kampf mit grundsätzlicher Schärfe geführt. Tagesblätter, wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ und der Braunschweiger „Volksfreund“ schlossen sich diesem Kampfe an. Es wurde so nur fortgesetzt, was bereits vor dem Kriege begonnen wurde: die Auseinandersetzung zwischen Linksradikalen und Parteizentrum.

Diese Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen; sie ist durch den Krieg nur mächtig vorwärtsgetrieben worden. Aber schon jetzt ist den führenden Elementen der Linksradikalen und ihrem Anhang unter den Arbeitern die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von dem Parteizentrum völlig klar, umsomehr, als der geistigen Trennung, die wir oben kennzeichneten, schon bald nach Kriegsbeginn die organisatorische gefolgt ist. Warum konstituierte sich die Gruppe „Internationale“? Etwa um eine organisatorische Einheit zu schaffen, an deren Spitze nicht Ebert und Scheidemann, auch nicht Haase und Ledebour, sondern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen sollten? Wäre das der Fall gewesen, sie hätte sich die Mühe sparen können, eine eigene Organisation zu gründen, und sie hätte, läge kein anderer Grund zur organisatorischen Selbständigkeit vor, gewiß keinen Anhang unter den Arbeitern gefunden. Nein, weil sie nach längerem vergeblichem Bemühen einsehen mußte, daß mit dem Parteizentrum kein gemeinsamer Kampf geführt werden kann, weil zu tiefe grundsätzliche und taktische Differenzen trennend zwischen den beiden

Richtungen stehen, ist sie, und mit Erfolg, zur Gründung einer eigenen Organisation geschritten.

Die Tatsache allein, daß die Linksradikalen genötigt waren, sich organisatorisch vom Parteizentrum zu trennen, beweist, daß auch in aller Zukunft kein Zusammenwirken mit den Leuten um Haase und Ledebour möglich ist. In diesem Punkte sind alle Linksradikalen einig. Und sie sind ebenfalls einig in der Frage der Massenaktionen, dieser Grundlage des Klassenkampfes in der Epoche des Imperialismus. Es gilt jetzt die Arbeit fortzusetzen, die mit der Gründung der Gruppe „Internationale“ und der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ begonnen wurde. Jeder Fußbreit, der von dieser organisatorischen Selbständigkeit aufgegeben wird, bedeutet den unheilvollsten Rückschritt. Darum ist es höchst erfreulich, daß die Gruppe „Internationale“ ihre Beteiligung an der Märzkonferenz der Arbeitsgemeinschaft von der Bedingung abhängig macht, daß ihre volle geistige und organisatorische Selbständigkeit dabei gewahrt bleibt. Sie wird also als Gruppe „Internationale“ auf dieser Konferenz erscheinen — vorausgesetzt, daß die Arbeitsgemeinschaft diese Bedingung mit ihrem Aufruf in Einklang zu bringen gewillt ist. Sollte das nicht der Fall sein, und sollte sie daraus die praktischen Schlussfolgerungen für ihr Verhalten der Gruppe „Internationale“ gegenüber ziehen, so wird damit die Notwendigkeit der Neugründung der linksradikalen Partei auch für die Gruppe „Internationale“ schon jetzt gegeben sein.

Es kommt nun darauf an, daß die Linksradikalen sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenfinden. Sie haben die Differenzpunkte, die sie trennen, zu diskutieren und die gemeinsame Basis für das geistige und organisatorische Zusammenwirken festzustellen. So wollen wir die neue Partei der Linksradikalen vorbereiten helfen, deren Bildung wir für notwendig halten. Zugleich aber wollen wir damit der Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit geben, offen zu sagen, was sie denkt und was sie will. Die Gruppe „Internationale“ hat ihren Willen zur Beteiligung an der Märzkonferenz unter der angeführten Bedingung bekundet. Zur Verständigung der Linksradikalen untereinander und zur Diskussion in den Parteiorganisationen, die die Konferenz beschicken wollen, schlagen wir folgende Resolution vor:

1. Die durch Gewaltstreiche der sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Sprengung der Deutschen Sozialdemokratie ist nur die organisatorische Vollendung der politischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch die Politik des 4. August. Die Politik des Friedens mit dem Kapital konnte mit der Politik des Klassenkampfes nicht von einer und derselben Partei betrieben werden; dieselbe Partei, die die Überwindung des Kapitalismus erstrebt, konnte nicht gleichzeitig für seine Ausbreitung und Stärkung durch den Imperialismus eintreten. Die Partei ist gespalten, und jeder Versuch, die vollzogene Spaltung durch einen sogenannten Kampf ums Parteirecht rückgängig zu machen, ist als verheerliche Illusion und Kraftvergeudung zurückzuweisen. Umgekehrt besteht die Aufgabe der Opposition in dem rückichtslosten Kampfe gegen den Sozialpatriotismus als den gefährlichsten Helfershelfer des Imperialismus. Dieser Kampf, ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes der sozialistischen Arbeiterschaft, hat zum Ziel die Nieder-

ringung und Ausrottung des Sozialpatriotismus als Vorbedingung unseres Sieges über den Kapitalismus.

2. Indem sich die Opposition auf den Boden der Spaltung mit den Sozialpatrioten stellt, erkennt sie an, daß der Kampf gegen sie die Zusammenfassung der oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei erfordert. Die erste Aufgabe dieser Partei muß in dem Bestreben bestehen, das Gefühl der internationalen Solidarität im deutschen Proletariat wieder zu wecken, es durch Kundgebungen des Willens zum sozialistischen Frieden, durch Ausnutzung der Rolle des Proletariats in der Produktion zu einer Kraft zu machen, die gemeinsam mit der gleichgesinnten Arbeiterklasse anderer Länder imstande sein wird, nicht nur den Frieden, sondern den Sozialismus zu erkämpfen. Gemäß diesen Zielen hat die neue Partei in erster Linie die Weckung der Arbeitermassen zur Entfaltung ihrer Macht zur Aufgabe, unter Ausnutzung aller Mittel, über die sie verfügt. Insbesondere haben Presse und Parlamenttribüne allein diesem Ziele zu dienen. Aus demselben Gesichtspunkt sind die sozialpazifistischen Forderungen der Abrüstung und der Schiedsgerichte als Illusionen abzulehnen, die die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmen, indem sie in den Arbeitern die Vorstellungen von der Möglichkeit eines friedlichen Imperialismus erwecken.

3. Die Bildung der Partei kann nur nach gründlicher Vorbereitung durch die oppositionelle Arbeiterschaft selbst erfolgen, nach eingehender Besprechung aller Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus zusammenhängen. Indem die Konferenz ihren festen Willen zur Bildung dieser Partei ausdrückt, fordert sie die oppositionellen Arbeiter auf, alle die Fragen zu diskutieren und Stellung zu den Leitsätzen zu nehmen, die ihr von den oppositionellen Gruppen über die jetzige proletarische Politik bereits vorgelegt wurden oder noch werden, worauf eine neue Konferenz einzuberufen ist, die, falls eine Einigkeit in den wichtigsten Fragen der Spaltung mit den Sozialpatrioten, der Landesverteidigung, des Parlamentarismus und der Massenaktionen erzielt worden ist, die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands konstituieren wird.

Diese Resolution soll die Grundlage zur Wahl der Delegierten zur Konferenz bilden. Die Stellungnahme der Konferenz zu dieser Resolution wird die Antwort auf die Frage sein, ob die Linksradikalen mit dem Parteizentrum zusammengehen können oder ob sie sofort die Bildung einer selbständigen Partei zu erstreben haben. Zugleich aber kann diese Resolution die Grundlage abgeben für die Verständigung der Linksradikalen untereinander. Sie werden Gelegenheit haben, sich bei der Besprechung der Konferenz auszusprechen. Aufgabe der Gruppe „Internationale“ wird es dabei sein, die Vorarbeiten zur Zusammenfassung aller linksradikalen Elemente zu einer Vorbesprechung zu übernehmen. Damit würde auch der Bildung einer neuen Partei der Linksradikalen am besten vorgearbeitet werden. Wir unsererseits sind jedenfalls gewillt, an den Besprechungen der Gruppe „Internationale“ teilzunehmen und wir glauben auch bei denjenigen unter unsern Lesern, die sich, wie wir, der Gruppe „Internationale“ bisher noch nicht an-

geschlossen haben, auf volles Verständnis für unseren Willen zu stoßen und glauben auch in ihnen den gleichen Willen zu finden.

Wir halten unsere vorgeschlagene Resolution natürlich nur für einen vorläufigen Entwurf, der durch eine gemeinsame Besprechung der Linksradikalen geändert werden kann. Wir glauben aber in ihr den Boden abgegrenzt zu haben, auf dem allein eine ehrliche, loyale Verständigung möglich ist. An uhrerer Mitarbeit an diesem Werke soll es nach wie vor gewiß nicht fehlen.

Unterm eigenen Banner.

2.

Manche Mitglieder der entschiedenen Linken erklären: „Die Arbeitsgemeinschaft hat sich seit dem ersten Nein gegen die Kriegskredite und seiner recht opportunistischen Begründung entschieden weiter nach links entwickelt. Der überwältigende Anschauungsunterricht der Tatsachen und die Kritik der äußersten Linken haben ihre vorwärtstrebende Wirkung nicht verfehlt. Aber die Fraktion hat sich noch nicht allen vom Kriege aufgeworfenen Erscheinungen und Fragen gegenüber stets mit der nötigen Schärfe und Festigkeit auf den Boden des internationalen Sozialismus gestellt, noch ist ihr grundsätzliches Bekenntnis hier und da unklar und kompromissend, ihr taktisches Verhalten schüchtern und zaghaft, es weilt unter dem Reiz des Parlamentarismus.“ (Gleichheit vom 7. Januar 1917). „Gewiß“, fährt das Blatt weiter fort, „noch ist es zu keinem dauernden Schutz- und Trugbündnis zwischen den verschiedenen Gruppen der Opposition gekommen. Der Selbstbesinnungsprozeß im Lager der Sozialdemokratie kann nicht das Werk eines Tages sein. Es bedarf der Zeit, in der gesichtet, gewogen, gelernt werden muß, der Zeit, um alte Irrtümer gegen neue Erkenntnisse auszutauschen. Die Konferenz hat beleuchtet, daß der Selbstbesinnungsprozeß voranschreitet. Die Rechte der Opposition beginnt die Scheu vor ihrem eigenen Vorgehen, ihrem eigenem Mute zu verlieren. Sie entschuldigt sich nicht mehr, sie klagt an, sie weicht nicht mehr aus, sie stellt sich zum Kampfe. Offener, unverklauselter als bisher hat sie ausgesprochen, was ist. Sie ist innerlich und äußerlich zu der äußersten Linken gekommen und auch ohne Beschlüsse wird bei einigem guten Willen von Hüben und Drüben ohne Hinopferung grundsätzlicher Ueberzeugung ein nötiges Zusammenwirken von Fall zu Fall möglich sein.“

So die von uns allen gleich verehrte Genossin Zetkin. Wir würden uns freuen, wenn es so wäre. Leider ist es nicht so und die nächsten Freunde der Genossin Zetkin müssen sich auf der Konferenz der Opposition davon überzeugen. Dem Kampfe gegen die Sozialpatrioten wich das Zentrum auf der Konferenz aus. Wenn es die Beitragsperre ablehnte, so nicht, weil es, wie es bei der Genossin Zetkin der Fall ist, in ihr kein geeignetes Kampfmittel, sondern weil es in ihr ein zu scharfes Kampfmittel sah, da es den Bruch mit den Sozialpatrioten vermeiden wollte. Dem Imperialismus sagte es in dem Kautskyschen Friedensmanifest einen solchen „Kampf“ an, daß es den Vertretern der entschiedenen Linken eine Gewissenspflicht war — wie die Genossin Zetkin schreibt — dieser Kundgebung ihre Stimme zu versagen. Also:

weder organisatorisch noch politisch konnte die entschiedene Linke mit dem Zentrum gehen.

Ja, die Verschärfung des gegenwärtigen Verhältnisses der beiden Gruppen äußert sich selbst in dem Artikel der Genossin Zetkin. Während Genossin Dunker auf der Reichskonferenz ein „getrennt marschieren, aber vereint schlagen“ proklamierte, tritt Genossin Zetkin nur für ein Zusammenwirken von Fall zu Fall ein, wogegen niemand in der entschiedenen Opposition ist, wenn es sich „ohne Hinopferung grundsätzlicher Ueberzeugung“ erzielen läßt. Die Ueberzeugung von der Wandlung des Zentrums als Ganzes in der Richtung der entschiedenen Linken halten wir für eine völlige Illusion. Die Führer des Zentrums, die Kautsky, Bernstein, Ledebour, Haase, vertreten seit Jahren eine bestimmte Politik, die der reinen parlamentarischen Opposition, des Kampfes um die Reform des Imperialismus. Sie sind keine Kinder, keine Jünglinge und keine unaufgeklärten Arbeiter, die durch unsere Kritik eines Besseren belehrt werden könnten. Aber wenn die Ereignisse sie eines besseren belehren werden? Die Ereignisse sind niemals eindeutig, und bevor wir nicht in der grundsätzlichen Umwälzung stecken, werden sie die Führer des Zentrums nach ihrer Auffassung deuten, die ein Resultat der ganzen vorübergehenden Epoche der friedlichen Arbeiterbewegung ist.

Ja, aber damit ist zugestanden, daß die von ihnen geführten Arbeitermassen unseren wie der Ereignisse Lehren zugänglich sind — erklärt ein anderer Teil unserer Freunde, der zwar nicht auf die Umkehr aller Zentrumsführer, aber dafür der Zentrumsmasse rechnet. Darin liegt allerdings ein Teil Wahrheit. Aber auch nur ein Teil. Wie hinter den Scheidemännern auch Arbeiterkreise stehen, die den Sozialismus für ein Taube auf dem Dache halten, der ein Sperling der bürgerlichen Zugeständnisse vorzuziehen ist, so ist auch ein Teil der Zentrumsarbeiter jedem scharfen Kampfe abgeneigt. Die Ideologie der Kautsky und Ledebour hängt auch nicht in der Luft; sie basiert auf der Stimmung von Arbeiterkreisen, die zwar den Ideen des Sozialismus Treue bewahren wollen, die aber den wirklichen Kampf scheuen, an ihn als eine nahe Möglichkeit glauben. Auf die werden wir bis auf weiteres keinen Einfluß haben. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß dagegen ein anderer Teil der Arbeiterschaft hinter den Ledebours und Haases steht, nur weil er in ihnen die Führer im Kampfe sieht. Auf diese Massen dürfen und wollen wir nicht verzichten.

Es entsteht nur die Frage: Wie können wir sie erobern? Kann es geschehen, indem wir mit dem Zentrum gehen? Indem wir uns als Minorität den Beschlüssen seiner Konferenzen unterwerfen? Würden wir mit dem Zentrum eine Partei bilden, so könnte es nur unter dieser Voraussetzung geschehen. Die Spaltung der Reichstagsfraktion ist ein unwiderleglicher Beweis hierfür.

Solange sich die oppositionelle Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit, gegen die sie in den Fraktions-sitzungen sicher mit Entschiedenheit gekämpft hatte, in der Öffentlichkeit unterwarf, war es möglich, daß beide Richtungen organisatorisch zusammenblieben. Als aber

* So Genosse B. L., ein hervorragendes Mitglied der Gruppe „Internationale“, dessen Artikel: „Wir und die anderen“ wir in der nächsten Nummer unseres Blattes bringen werden.

schon Liebknecht seinen eigenen Weg in der Öffentlichkeit ging, mußte er sich auch organisatorisch von der Fraktion trennen, und dem selbständigen Vorgehen der Achtzehn vom 21. Dezember 1915 folgte mit Notwendigkeit die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft. Zwei durch grundsätzliche Differenzen geschiedene Richtungen können nur solange in derselben Partei verbleiben, als die eine von beiden auf ihr selbständiges Auftreten in der Öffentlichkeit verzichtet. Wollen wir also mit dem Zentrum organisatorisch zusammen bleiben, so kann es nur geschehen, indem entweder wir oder das Zentrum auf die selbständige Aktion verzichten. Daß wir um den Preis der grundsätzlichen und taktischen Selbständigkeit, des Verzichtes auf das eigene politische Leben, die organisatorische Verbindung mit dem Zentrum eingehen sollen, ist ganz gewiß auch nicht die Meinung der Genossin Zetkin; sie will doch nur ein Zusammenwirken von Fall zu Fall ohne Gefinnungsoffer. Wenn aber die Zentrumsleute eine Partei bilden — und sie tun es, ob sie es sagen oder nicht — so können wir nur mit ihnen von Fall zu Fall zusammenwirken, wenn wir eine andere, eine linksradikale Partei bilden. Es sei denn, daß es linksradikale geben würde, die es als höchste Taktik ansehen würden, wenn den organisierten Zentrumsleuten verstreute linksradikale nachließen. Davon kann keine Rede sein: nur ein organisierter klarer Kern kann auf die radikalen Zentrumsarbeiter Einfluß ausüben. Bisher, wo wir auf dem Boden der alten Partei wirkten, konnte man mit der losen Verbindung einzelner linksradikaler auskommen. Jetzt, wo nach der Spaltung in vielen Orten überhaupt keine öffentlichen Organisationen zu bilden sein werden, kann nur eine linksradikale Partei mit klarem Programm und eigenen Organen die zerstreuten Kräfte sammeln, zusammenhalten und vergrößern. Unsere Einwirkung auf die eigenen Kräfte, auf die Zentrumsarbeiter, wie die überhaupt abseits der Partei stehende, aber in Gärung begriffene Masse, kann doch nicht in bloßer Kritik der Sozialpatrioten bestehen: wir müssen durch Aktion, durch Einmischung in alle Fragen des öffentlichen Lebens auf den Gang der Ereignisse wirken. Das alles kann ohne große Vergeudung der Kräfte nur durch die Organisation der linksradikalen in eine eigene Partei geschehen. Wir können mit dieser Organisation nicht warten, bis wir die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter hinter uns haben, da wir diese Mehrheit nur erobern können, wenn alle linksradikalen Gruppen sich sammeln zur einheitlichen Politik.

Gewerkschaftsprobleme.

Die Gewerkschaften in der Kriegszeit.

Der Krieg brachte den Gewerkschaftsführern Erlösung aus den Zweifeln und Wirrnissen, in die sie durch die Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftskämpfe gekommen waren. Zwar war der erste Schritt in die Politik vom 4. August nur bei wenigen bewußt als Ausdruck eines neuen Prinzips gemacht worden. Zunächst handelte es sich für sie wesentlich nur um eine Aktion zur Rettung der Organisation.

Es war klar, daß die Organisationen und ihre Rassen verloren gewesen wären, wenn sie die Front gegen den Krieg genommen hätten. Selbst bei rein passivem Widerstande waren sie gefährdet. Das aber war längst

klar geworden, daß die Gewerkschaftsbureaucratie nicht die moralische Kraft hatte, die Positionen der Arbeiterklasse mit ihren Taten zu decken, viel weniger mit ihren Pfennigexistenzen. Die moralische Kraft fehlte, aber außerdem war mit der Organisationsform auch das Denkvermögen erstarrt. Die Organisationen hatten sich derart den staatlichen Verhältnissen angepaßt, daß ihre Form als die allein mögliche, natürliche angesehen wurde. Die Möglichkeit einer Organisation unter schwierigen Umständen, das Schlagen auf anderem Gelände als dem heimischen Exerzierplatze, lag ganz und gar außerhalb des geistigen Horizonts der Gewerkschaftsführer. Das zeigte sich schon an den abenteuerlichen Formen, in denen allein die Generalkstreiks-idee von ihnen erfaßt werden konnte. Diese Organisationen verloren, hieß für sie deshalb, alles verloren, hieß die Arbeiterklasse vollkommen wehrlos gemacht, hieß nochmals ganz von vorn anfangen im Bitteltrab auf dem alten Wege. Das stolze Wort: Wir pfeifen auf dieses Gesetz! gehörte längst der Mythe an.

Der Burgfrieden.

Die Dialektik der Tatsachen rächte sich an diesem engen, stumpfen Geiste. Sie zwang die Gewerkschaftsführer, der Arbeiterklasse selbst die Waffen abzunehmen und ihr Fesseln anzulegen. Der Burgfriede wurde proklamiert. Glaubt jemand ernstlich mit ihnen, der Abbruch aller Lohnbewegungen ohne jede reale Sicherung gegen Uebertöpelung sei einem politischen Kopfe entsprungen? Konnten die zahlreichen Klagen über den Bruch des Burgfriedens durch die Unternehmer etwas anderes sein, denn Altweibergejammer? Was kam, war vorauszusehen und es hätte vorausgesehen werden müssen. Zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse kann es höchstens einen Frieden mit der Rechten am Schwertknäuel geben. Statt dessen wurden die Gewerkschaften mit gebundenen Händen überliefert. Das Unternehmertum heimt als erste Früchte dieser Politik die Kriegsgewinne ein. Was aber hat die Arbeitererschaft erzielt? Die Erfolge, die in den Kriegsjahren hier und da errungen worden sind, wurden meist trotz der Gewerkschaftsführer errungen. Wir erinnern nur an die Braunschweiger Bewegung gegen den Sparzwang.

Die Mitgliederzahlen aber sind erschrecklich zurückgegangen, die alte Erfahrung bestätigend, daß Gewerkschaften, die nicht kämpfen und darum keine Erfolge erzielen, die Arbeitermassen abstoßen, statt sie anzuziehen.

Heilloser jedoch sind die Folgen der Politik vom 4. August auf die Gedankenwelt der Gewerkschaften geworden. Hätten sich die Erwartungen eines kurzen Krieges erfüllt, dann wäre alles eine Episode der Verirrung gewesen und die Gewerkschaften hätten sich in alter Weise weiter durchgewurstelt. Bald aber genigte es nicht, daß die Burgfriedenspolitik nur durch praktische Erwägungen motiviert wurde, sie heißte je länger desto notwendiger der Rechtfertigung ihres innersten Wesens. Außerdem wandeln Gewerkschaftsgenerale nicht ungestraft unter den Topfpalmen der Regierung.

Zuerst zeigte sich in der Gewerkschafts- wie in der Parteipresse ein wahnwitziges Chaos. Der Rausch verfloß mit der Zeit und nun ging man daran, die Konsequenzen zu ziehen. Natürlich war bei der gründlichen Verachtung der alten Praktiken für die Theorie eine gründliche Abrechnung mit der Vergangenheit und ein

Abstecken der künftigen Bahnen der Gewerkschaftstätigkeit nicht zu erwarten. Aber was an Einzelheiten vorläufig ans Tageslicht getreten ist, das zeigt deutlich genug, wo die Reise hingeht.!

Die Gewerkschafts-Internationale.

Der internationale Gedanke wurde zunächst auf den Aender gesetzt. Der internationale Gedanke, der die Grundlage für die moderne Arbeiterbewegung bildete, ihr festes Ferment, ihr deutlichstes Kennzeichen, das sie himmelhoch über jede kleinbürgerliche Bewegung vor und neben ihr erhob, der internationale Gedanke wurde verhöhnt als ein Hirnspinnwebwerk wirklichkeitsfremder Ideologen. Drollig war es anzusehen, wie der Gewerkschaftsredakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“ mit todernster Miene ausrief: „Soll den Marx' Wort nicht mehr gelten: Proletarier, vereinigt euch! Der Trefliche hatte schon verlernt, was ihm früher heilig war wie ein Katechismus. Ehemalige vaterlandslose Gesellen erfanden das Philisterwort von den wurzellosen Existenzen und der Antisemitismus, diese muffigste Blüte kleinbürgerlicher Denkart, schoß ins Kraut. Es kam die häßliche Bekämpfung der Gewerkschaftsführer anderer Länder, die nicht besser aber auch nicht schlechter sind als die Fronsdies um Karl Legien. Die verheerenden Folgen dieses nationalen Paroxismus werden sich erst nach dem Kriege in ihrer Gemeingefährlichkeit zeigen. Aber schon jetzt wird man täglich kühner. So wird vom Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, August Winnig, ein Feldzug geleitet, der die Gleichberechtigung der ausländischen mit den deutschen Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt durch Gesetz oder Tarifverträge aufzuheben erstrebt, ein Schildbürgerstreich, der hoffentlich am Profitinteresse der Unternehmer scheitern wird.

Was bisher von Gewerkschaftsseite über die Gewerkschaftsinternationale veröffentlicht worden ist, läßt sich dahin zusammenfassen: Die Gewerkschaftsinternationale ist ein Phantom, soweit sie sich nicht auf ganz bestimmte praktische Punkte beschränkt. Vorzüglich sollen sich in Zukunft die nationalen Verbände gegenseitig ihren Mitgliederstand sichern. Deshalb Reiseunterstützung auch im Auslande durch die dortige Organisation und Wegfall des Eintrittsgeldes bei Uebertritt, sowie Anrechnung der bisherigen Beiträge auf die Anwartschaft für Unterstützungen. Sonst wird nichts im Wege stehen, gegenseitig Erfahrungen auszutauschen, womit die Aufgaben der Gewerkschaftsinternationale erschöpft sind. Die Internationale der Reiseunterstützung, welche ein weltumspannender Gedanke!

Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit.

Der internationale Gedanke läßt den Charakter der modernen Arbeiterbewegung am klarsten hervortreten: Alle Gegensätze des Geschlechts, der Nation, der Rasse verlieren ihre Bedeutung gegenüber dem fundamentalen Gegensatz: Kapital und Arbeit. Durch den internationalen Gedanken wird der Blick der Arbeiter konzentriert auf ihren Feind, die Kapitalistenklasse. Der bewußt geführte Klassenkampf offenbart sein Wesen am reinsten im internationalen Gedanken. Mit der Aufgabe des internationalen Gedankens als Ausgangspunkt für die Orientierung der Arbeitererschaft müssen die scharfen Konturen des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit verwischt werden. Kampffeld und Kampfziel verschwimmen

im Zwielicht des nationalen und des Klassenstandpunktes.

Die Erfahrung hat allzusehr diese Logik erhärtet. Die Aufgabe aller grundsätzlichen Auffassungen läßt sich von Etappe zu Etappe verfolgen. Die Regierung wurde von Schuld und Fehle freigesprochen und reumütig nahm man alle Vorwürfe gegen sie zurück. Herr Kummer wies den deutschen Arbeitern nach, daß sie ihre Regierung schmählich verkannt und Pankrätius Schneckenbein, der sonst in den Spalten des „Hamburger Echo“ Gift und Galle gespuckt, vergoß die heftigsten Bußtränen. Die Regierung erklärte selber, daß sie keine Parteien mehr kenne, sie stand also über den Parteien. Durch alle Sezergassen, aus allen Winkelhaken hallte das Lob der Regierung. Sie hatte die beste Sozialgesetzgebung geschaffen. Die Regierung, selbstverständlich. Diese Sozialgesetzgebung mußte nicht notwendig die Führung haben, weil die kapitalistische Ausbeutung in Deutschland den höchsten Grad erreicht hat, weil hier die stärkste Arbeiterbewegung wirkte.

Wo allem Kampf abgefaßt werden soll, wird vergessen, daß bisher nur der Kampf den Arbeitern Früchte trug. Alle gute Gabe kommt von oben herab. Zugleich wird den französischen Elässern vorgerechnet, daß die deutsche Sozialversicherung besser sei als die französische. Die nationale Idee wird zu einem Großgenemmel. Ubi bene ibi patria. Wo du im Greisenalter fünf Groschen mehr kriegst, ist dein Vaterland. Wo ist noch ein Fünkchen proletarischen Geistes in solchen Gedankengängen?

Aber weiter! Dem Unternehmertum wurden in den ersten Kriegsmonaten Lorbeeren gestreut. Langsam ist das Lob verschämter geworden, da die Erfahrungen allzu trübe gewesen sind in diesen Kriegsjahren. Aber eine neue Theorie wurde gefunden: die Parallellität der Interessen des nationalen Unternehmertums und der Arbeiterschaft. „Mit einem regsamen, weitfüchtigen, auf den freien Wettbewerb vertrauenden Unternehmertum vermag die Arbeiterschaft, unbeschadet ihrer Interessen, sehr wohl ein gut Stückes Weges zusammenzugehen“, sagt Herr Emil Kloth in dem Buche „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“, das der neuen Theorie gewidmet ist.* Die Parallellität der Interessen ergebe sich augenfällig, weil der Kapitalist doch erst Profit machen müsse, ehe er die Arbeitsbedingungen des Arbeiters verbessern könne. Wo nichts ist, habe sogar der Kaiser das Recht verloren. Darum gelte es, die Profitmöglichkeit der Unternehmer zu fördern. Erweitert wird der Grundsatz zu dem allgemeinen Interesse der Arbeiterschaft am Blühen der nationalen Industrie.

Für die naive Logik ist das ein ganz bestechender Gedanke. Gewiß, ein Schelm gibt mehr als er hat. Wie soll ein Kapitalist, der keinen Profit macht, Lohn-erhöhungen bewilligen können! Dagegen, je höher der Profit, desto größer die Möglichkeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Indessen, wenn auch die Herren, die jene These verfechten, sich auf ihre nüchterne Weltbetrachtung einen gehörigen Stiefel einbilden, so appellieren sie hier doch an weiter nichts, als an die Moral der Kapitalisten.

* Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch. Herausgegeben von Wih. Sanffon. Verlag der Internationalen Korrespondenz A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.

Nach den Naturgesetzen des Kapitalismus steht aber die Moral im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Profits. Die Lage der Arbeiter wird nicht durch die Moral des Unternehmertums, sondern durch das Kraftverhältnis zwischen Kapital und Arbeit bestimmt. Deshalb ist es sehr richtig, was Heinrich Schneider in dem sehr lesenswerten Aufsatz über die chemische Industrie in dem erwähnten Buche sagt: „Meistens sprechen die Erfahrungen der täglichen Gewerkschaftsarbeit auch durchaus gegen die Auffassung, daß der Arbeitslohn am Unternehmergewinn reguliert werde. Nur allzu häufig machen die Gewerkschaften die Erfahrung, daß nicht in kapital-schwachen, sondern in kapitalstarken Unternehmungen und Industriezweigen die Forderungen der Arbeiter am heftigsten und auch am erfolgreichsten bekämpft werden. Die hohen Gewinne führen eben zur Anhäufung von Kapital und damit zur Anhäufung von Macht, die gegen die Arbeiter Verwendung finden kann.“

Wir verkennen freilich nicht, daß in einem gewissen Sinne die gute Konjunktur einer Industrie günstig auf den Arbeitslohn wirkt. Die Erfahrung lehrt indessen, daß es bei den paar Pfennigen Lohnerhöhung bleibt, wogegen die Arbeitsintensität wächst und in der Regel die Ueberstunden zunehmen. Gute Konjunktur bedeutet eine höhere Ausbeutungsrate. Der Arbeiter bezahlt die Lohnerhöhung mit seiner Lebenskraft, seinen Erholungsstunden, das heißt mit ein paar Jahren Lebenszeit. Die gute Konjunktur ist durchaus nicht etwas unbedingt Erstrebenswertes.

Imperialistische Gewerkschaften.

Bei alledem handelt es sich ja nun nicht um die müßige Frage, ob guter oder schlechter Geschäftsgang für die Arbeiterschaft besser ist. Es handelt sich um die Stellung zum imperialistischen Kriege. Es handelt sich darum, ob die Arbeiterklasse sich in den Dienst einer bestimmten nationalen Unternehmungsklasse stellen soll. Stellt sich die Gewerkschaftsbewegung in diesen Dienst, dann bedeutet das die endgültige Zerfleischung des Proletariats und die Verewigung dieser Zerstückelung, da mit dem Kriege die imperialistische Politik nicht aufgehört wird. Oder wird noch bezweifelt, daß die imperialistischen Gedankengänge sich in den Gewerkschaftsleitungen festgesetzt haben? Dann denke man daran, daß die Lerchentriller Paul Müllers: Antwerpen ist deutsch und wird deutsch bleiben! erst durch Organisationsbeschluß erstickt werden mußten und daß Leipeters in seiner Eroberungswut nur das ausdrückt, was von den anderen vorsichtigerweise bloß angedeutet wird. Daß bei den englischen Gewerkschaftsführern dieselben Tendenzen in Blüte stehen, unterstreicht nur die Tatsache.

Förderung der nationalen Industrie im imperialistischen Sinne ist nur möglich durch die Unterdrückung der ausländischen Konkurrenz. Die Arbeiterschaft, die sich dazu hergibt, ist die Hundeseule, die gegen den Fremden die Zähne fletscht, um sich die Brotsamen von der Herren Tische zu sichern. Die imperialistische Gewerkschaftspolitik folgt den gelben Prinzipien auf internationalem Gebiete. Darum ist der Winnigische Kampf gegen die italienische Bauarbeiter-Konkurrenz keine Verirrung, keine Ausnahmeseinung, sondern ein Auftakt.

Die Verramschung der Prinzipien.

Diese Stellung zum Kriegsergebnis entscheidet die Gewerkschaftspolitik für die Zukunft überhaupt. Zu Gunsten der imperialistischen Politik werden deshalb jetzt schon die Prinzipien verramscht. Kolonialpolitik ist die reine Selbstverständlichkeit und Wilhelm Jansson von der Generalkommission begeistert sich im Besonderen für die deutsche Türkenpolitik. Und wenn auch die Verschiedenheit der Interessen in den einzelnen Industrien gegenwärtig noch eine Einigung auf der Grundlage der Zollpolitik ausschließt. Am Ende aber wird Herr Jansson wohl zu dem erwünschten Resultat kommen, wenn erst einmal die Frage erneut geprüft ist, „ob die Ablehnung jeden Zollschatzes für die Landwirtschaft eine leistungsfähige Agrarproduktion gewährleistet oder nicht.“ Eine leistungsfähige Agrarproduktion für den nächsten Krieg, wer wollte sie ablehnen! So friedliebend sind denn doch wohl unsere imperialistischen Gewerkschaftler geworden, daß sie für den Krieg rüsten wollen, nicht nur militärisch sondern auch wirtschaftlich! Also!

Der Anstrich macht es.

So sehen wir, wie „ein gesunder nationaler Egoismus den ungesunden internationalen Illusionismus“ dämpft (Paul Müller) Aber wo, fragt unser Leser, wo ist denn nun das Unterscheidende gegenüber den anderen Gewerkschaftsbewegungen, den Hirsch-Dunkerschen, den christlichen und wie sie sonst heißen mögen? In der Farbe, lieber Leser, im Anstrich, in der Phrase, mit der man in Agitationsversammlungen hier den modernen Großstädter, dort den ultramontan bedormundeten, da wieder den „besseren“ Arbeiter zu gewinnen sucht, damit die Mitgliederzahlen wachsen und Beamtenstellen geschaffen werden. Getrennt marschieren und vereint — diplomatisieren. Darum ist wiederum die Verbrüderung aller gewerkschaftlichen Organisationen durchaus in der Ordnung. Und eine große Täuschung würde es sein, wollte man es als Kateridee der Kriegspsychose ansehen, daß der vorsichtige und geschmeidige Stampfer auf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften für sozialdemokratische Kriegervereine Stimmung machte. Es gilt eben, alle Arbeiter in die Gewerkschaften hereinzuholen und sie zu diesem Zwecke bei all ihren Schwächen zu packen. Alle Arbeiter mit Ausnahme der heillosen Illusionisten, die da glauben, die Gewerkschaften müßten Kampforganisationen sein. Dann wird das Ziel erreicht: die Gewerkschaften ein Koloß, wenn auch auf tönernen Füßen, so doch ein prächtiger Tummelplatz für bürokratische Aspirationen. Die Legien, Schlicks, Leipart als Gewerkschaftsgenerale mit unbeschränkten Vollmachten. Die Gewerkschaften modern-imperialistische Trades-Unions. Die Internationale tot.

Die Dinge haben ihre eiserne Konsequenz und wer vom Papste isst, der stirbt daran. W. Meppen.

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

In Rußisch-Polen war diese staatspolitische Erkenntnis umso schwieriger, je unsinniger die russischen Tschinowniks die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung des Gesamtreiches zerstörten. Ihre barbarische

nationalistische Raubpolitik in Polen machte jede Annäherung schier unmöglich.

In einer politischen Publikation, die 1895 ein bekannter Führer der Partei „Ugodowen“ veröffentlichte (die eine Annäherung an Rußland propagierten), klagte der Verfasser über die für den russischen Staat schädliche Politik der russischen Tschinowniks.

„Früher lehnten die Polen selbst die Solidarität mit dem Staate ab, heute (1895) sind es die Russen, die das polnische Element davon energisch abstoßen. Es wird ein Moment der Ernüchterung kommen, und die Arbeit müßte von neuem angefangen werden.“ (Obrachunki polityczne 1. [Politische Abrechnung.] Krakau 1895.) So klagten die Vertreter der polnischen herrschenden Parteien über die vom Standpunkte der russischen Staatsraison verbrecherische antipolnische, die brutal-nationalistische, die bürokratisch-reaktionäre Politik, die ihnen unmöglich macht, den Staatspatriotismus in Polen tief einzupflanzen.

Dafür aber erleichterte sie die Propaganda des intrasigenten polnischen Nationalismus, der die Grundlage der Partei der National-Demokratie bildete. Solange die zarische Administration keine Hoffnung auf Vereinbarung mit den polnischen herrschenden Klassen zuließ, blieb die National-Demokratie antrussische Unabhängigkeitspartei.

Seit aber die revolutionäre Krise in Rußland sich bemerkbar machte, seit 1903, erklärte sich die Partei offen für die Solidarität mit dem russischen Staat, und als die Zeit des revolutionären Aufstiegs vorbei war, und die Hoffnung auf die Einschüchterung des zarischen Absolutismus ausgegeben werden mußte, gab die National-Demokratie nicht ihre Solidarität mit dem russischen Reich auf. In einer politischen Publikation, die 1910 erschien, zweifelt der Führer der National-Demokraten Dmowski, „ob Rußland in dem Streben zur Schaffung eines großen und starken Staates, in der Führung einer aktiven imperialistischen Politik den neuen Weg der Entwicklung der produktiven Kräfte sowohl des eigenen Volkes wie aller anderen im russischen Reich einverleibten Völker antreten wird, und ob es imstande sein wird, eine machtvolle imperialistische Politik zu treiben.“ (R. Dmowski: Deutschland, Rußland und die polnische Frage. 1909.) Dies war nur die kummervolle Sorge der ehemaligen nationalistischen Unabhängigkeitspartei.

Also trotz des zarischen Absolutismus imperialistische Hoffnungen und Ideale der polnischen herrschenden Klassen in Rußisch-Polen, in Galizien und, wenn auch nicht so politisch offen und kraß, auch in den polnischen Provinzen Preußens.

Dieser imperialistische Inhalt der polnischen Frage hat natürlich ein ganz eigenartiges Gewand. Man stellte äußerlich, d. h. für das Volk, als patriotische Formel beinahe die gleichen Forderungen als Maximalforderung: die Vereinigung aller Teile des ehemaligen polnischen Reiches, aber — und hier kommt der imperialistische Pferdesuß zum Vorschein — im Anschluß an den eigenen Teilungsstaat. Die österreichischen Polen wollen die Vereinigung Rußisch-Polens mit Galizien „im Verbands der österreichisch-ungarischen Monarchie“; die herrschenden Parteien Rußisch-Polens erstreben die Vereinigung Polens aber in den Rahmen des russischen Reiches.

Mit anderen Worten: die herrschenden Klassen in

jedem Teilungsstaate wollten nicht auf die Vorteile eines großen Staates verzichten, sie wollten — durch die Annexionierung der anderen polnischen Teile — ihre eigene Machtposition im Teilungsstaate erweitern. Der Vizepräsident des Obersten National-Komitee in Krakau sagte neulich ganz präzis: „... das Oberste polnische National-Komitee erhob bei Kriegsbeginn am 16. August 1914 jenes Programm zur Parole, welches die Einverleibung der bis dahin unter russischer Herrschaft stehenden polnischen Lande in die Habsburger Monarchie . . .“ wünscht, und natürlich in Verbindung mit Galizien die beste Lösung der polnischen Frage bildet. Ähnlich in Rußland . . ., wenn auch der Kriegsgott nicht sehr günstig für die russisch-polnischen Imperialisten gestimmt ist.

Dafür, daß diese imperialistischen Neigungen keine Kriegsimprovisation bilden, ist die vor dem Kriege erschienene Literatur ein unverdächtig Zeuge. Ein gut patriotisch gesinnter und angesehener politischer Schriftsteller, Starczewski, schrieb 1912, als die politische Atmosphäre kriegswanger war, in einer umfangreichen Untersuchung über die polnische Frage folgendes: „... Unser politisches Ideal soll nicht die Gründung eines selbständigen Polens sein, sondern die Vereinigung aller polnischen Lande zu einem mit ehrlicher Autonomie ausgestatteten Organismus auf föderalistischer Grundlage im Rahmen eines großen europäischen Staates.“ Als Begründung, führt Starczewski aus, daß heute, in dieser historischen Situation, „der Begriff des Staates viel umfassender ist, als der Begriff der Nation . . . und daß die kleinen Nationalstaaten sehr bald zum Anachronismus werden.“

Nun aber schuf der Krieg in seinem Verlauf eine ganz neue Situation. Wie paßten sich die herrschenden Klassen in allen Teilen Polens, besonders aber Rußisch-Polens, dieser Kriegslage an. Änderten sie ihre imperialistischen Ambitionen entsprechend der neugeschaffenen Lage um?

Aus unserm politischen Tagebuch.

In Bremen nimmt die Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradiakalen ihren Fortgang in den Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins.

Genosse Rnief, als Vertreter der Linksradiakalen, legte der Versammlung nach eingehender Begründung folgende Resolution vor:

1.

Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts in den wirtschaftlich bedeutungsvollsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion, sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken soweit vorgeschritten, daß die Ueberführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

2.

Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der

Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angeht die Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angeht die Tatsache ferner, daß der Krieg die . . . Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst . . . die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3.

Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats.

Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpatriotische Propaganda des Abstützens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentarstrübene zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung, sowie durch sein Versagen im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewußt, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4.

Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluß aller linksradikalen Elemente zu einer neuen, . . . Arbeiterpartei und sie erfordert endlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.

Dieser Resolution steht eine Resolution des Genossen Henke, des Führers des bremischen Parteizentrums, gegenüber, die folgenden Wortlaut hat:

Die Beschlüsse der Konferenz vom 7. Januar 1917 sind durch die Entwicklung der Parteiverhältnisse überholt und können für das Wirken der Opposition nur noch bedingt maßgebend sein.

Das Vorgehen des Parteivorstandes und Parteiaussschusses sowie der sich ihnen anschließenden Bezirks- und Kreisvorstände hat insbesondere den entscheidenden, d. h. grundsätzlichen Kampf gegen die Politik vom 4. August und alle ihre Vertreter im Rahmen der Partei unmöglich gemacht.

64

Die Spaltung der Partei ist dadurch zu einer unerkennbaren Tatsache geworden und hat die gesamte Opposition vor neue Aufgaben gestellt.

Tat gegen Tat! Der Sozialdemokratische Verein Bremen erklärt sich nicht nur solidarisch mit allen durch die Gewaltmaßregeln des Parteivorstandes und seiner Gefolgschaft vergewaltigten Parteimitgliedern, er fordert diese auch auf und will ihnen, soweit sie im Bereich seines Wirkungskreises sich befinden, behilflich sein zum schleunigen, selbständigen organisatorischen Zusammenschluß. Nichts richtiger als das Wort des Parteivorstandes: Es muß Farbe bekannt werden. Wer jetzt nicht mit der Opposition ist, der ist gegen sie.

Die organisatorische Zusammenfassung aller zum entschiedensten Kampf gegen die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten bereiten Genossinnen und Genossen, sowie die Schaffung einer eigenen Presse ist deren vorerst dringendste Aufgabe. Nächstes wird und muß sich gedrängt und gefördert durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Austragung der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze innerhalb der Opposition vollziehen.

Bis es möglich ist, die theoretischen und praktischen Resultate dieser Auseinandersetzungen zu ziehen, müssen für die Opposition im allgemeinen das Erfurter Programm und die Beschlüsse der Parteitage wie der internationalen Kongresse gelten.

Zeugen und Rufer.

Günstigste Bedingung für die Lohnarbeit ist möglichst reiches Wachstum des produktiven Kapitals, heißt nur: Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung des bürgerlichen Reichtums, an der Vergrößerung der Macht des Kapitals zu arbeiten, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift.

Marx, Lohnarbeit und Kapital (1849).

Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden.

Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852).

So wenig es euch gelingen wird, den Glauben zu erzwingen hier ist ein Verbrechen, wo kein Verbrechen ist, so sehr wird es euch gelingen, das Verbrechen selbst in eine rechtliche Tat zu verwandeln. Ihr habt die Grenzen vermischt, aber ihr irrt, wenn ihr glaubt, sie seien nur in eurem Interesse vermischt. Das Volk sieht die Strafe, aber es sieht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist.

„Rheinische Zeitung“ (1842).

Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Mitglieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. . . . Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.

Deutsch-französische Jahrbücher (1844).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 9

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.: Aumunderstraße Nr. 23. :.

Bremen, den 3. März 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Wir und die Andern	Seite 65
Unterm eigenen Banner (Schluß)	67
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen	68
Die polnische Frage in ihrer historischen	70
Entwicklung. Von M. Bronski (Fortf.)	70
Aus unserm politischen Tagebuch	72

Wir und die Andern.

Von P. L.*

... Aber welche Blasphemie
mußt er von dem Mönch jetzt hören;
dieser sprach: „Der Lausees-Tontof
möge sich zum Teufel scheren!“

„Gilt nichts mehr der Lausees-Tontof?
Was soll gelten? Zeter! Zeter!! . . .“
Heine: Disputation.

Wenn Luther gegen Eck oder der toledanische Rabbi gegen den Gerodian der Kapuziner disputierte, ging es um nichts größeres als es jetzt geht in dem Kampf der Opposition gegen die in den sozialdemokratischen Instanzen vertretene politische, wirtschaftliche, geistige, moralische Reaktion. Vielleicht sogar ging es damals um ein Geringeres. Man stritt ja nur um das Heil im damals wie heute unbekanntem Jenseits. Heute geht es um das Heil von Millionen Seienden, Brüdern, die bluten. Und um die Erlösung von Uebeln, die nicht im Jenseits drohen;

*Dieser Artikel entstammt der Feder eines hervorragenden Genossen der Gruppe „Internationale“. Wir bringen ihn gern zum Ausdruck, um so mehr, als er durchaus dem Charakter der „Arbeiterpolitik“ entspricht. Worin wir von ihm abweichen, ist nur die Auffassung, daß ein Teil der Arbeiterschaft sich noch zu dem Standpunkt des Linksradikalismus entwickeln könnte. Diejenigen Elemente der Arbeiterschaft, die, wie Herzfeld, Henke, Dittmann, den jüngeren Jahrgängen angehören, haben in den bald drei Kriegsjahren Zeit und Gelegenheit in Fülle gehabt, diese Entwicklung mindestens anzubahnen. Aber heute erklärt Herzfeld in aller Öffentlichkeit vor den Berliner Arbeitern, daß die Frage der Massenaktionen einstweilen nur akademischen Charakter habe, heute rührt Dittmann keinen Finger, wenn in seinem Blatte der heftigste Kampf gegen die Linksradikalen geführt wird, heute entwickelt Henke vor den Bremer Arbeitern eine Auffassung des Parlamentarismus, die völlig der alten parlamentarischen Praxis entspricht. Und das ist sozusagen das grünste Holz der Arbeiterschaft. Die Ideologie des Parteizentrums stützt sich auf ganz reale Dinge: sie ist der Ausdruck aller Interessen, die ihre Wurzeln in dem Gefüge großer, ausgebaute Organisationsformen haben, und sie unterscheidet sich hierin im Prinzip gar nicht vom Sozialpatriotismus und seinen Lebensbedingungen. Daher auch die Furcht der Arbeiterschaft vor einer nochmaligen organisatorischen Spaltung.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

die im Hienieden sind und die jeder kennt, selbst wenn er, wie Scheidemann's G. m. b. H., nur eine Automobiltour zur Front gemacht hat. Es geht um eine Welt und um eine Weltanschauung.

In den Sinnen vielleicht den Gegensatz ahnend, in Worten ihn nicht aussprechend, in den Handlungen ihn vertuschend, hat die Arbeitsgemeinschaft bislang den Kampf geführt. In diesem Kampfe traten an die Stelle der Handlung die zwischen Haase und Ebert oder anderen „Borkämpfern“ der bezüglichen bewährten Sache gewechselten Grobheiten. Von ihnen spricht man nicht. An die Stelle der Worte trat ein Aktenfäsel und an die Stelle des Gedankens eine Phrase oder vielmehr zwei. Von diesen dreien ist zu reden.

Die die sozialdemokratischen Instanzen und die Arbeitsgemeinschaft trennenden Gegensätze werden ausgetragen unter der Form der Auslegung der §§ 24 ff. der Organisationsstatuten. Diese Paragraphen sind der Fels, auf dem Haase die Kirche der Zukunft will aufbauen. Der Parteivorstand ist aber ein „hartnäckiger und verstopfter Sünder“. Auf Haases „Bezugnahme“ auf den § 24 streckt Ebert die Junge heraus, beruft sich Haase auf § 25, so macht ihm Ebert eine lange Nase, stützt Haase sich nun gar auf § 26 dieser heiligen Codicis so bezieht sich Ebert gegenbeweislich — auf Göz von Berlichingen. Dieser Prozeß hat damit geendigt, daß im abgekürzten Verfahren — im Wege der einstweiligen Verfügung, würden die Juristen sagen — die Firma Haase vor der Türe saß. Trotz der schönsten Paragraphen. Es ist eben kein Paragraphenprozeß gewesen, sondern ein Kampf unter dem Faustrecht und im Faustrecht — Haase als guter Anwalt müßte das wissen — gibt es nur einen Rechtsgrund: die stärkere Faust.

Immerhin muß man gestehen: ganz in den Formen trockensten Zivilprozesses hat sich die Sache nicht abgepielt. Es gibt noch ideale Worte im Leben und moralische insbesondere. So haben beide Streitmächte den Kampf ihrer Führer mit einem lebhaften Schützenfeuer begleitet, in dem moralische Platzpatronen gegeneinander verfeuert wurden. Die beiden Chöre standen gegeneinander und sangen einen Wechselgesang:

Wir sind die Echten — Und wir sind die Gerechten.
Das schwoll manchmal zu einer Stärke an, daß man denken mußte an einen Sommerabend, an dem ein Hund an einem Froschteich stand. Die Frösche quakten und der Hund boll. Die Frösche quakten lauter und der Hund sah, daß es mit der Stimme nicht ging. Er sprang ins Wasser und schnappte zu. Darauf war plötzlich Ruhe.